# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877 — „Aus den Tannen" — Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamezeile 35 Goldpf. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 30 | Altensteig, Donnerstag den 5. Februar. | Jahrgang 1925


## Politische Streiflichter

Durch die Ausführungen, die der Reichskanzler Dr. Luther auf die Rede Herriots in der französischen Kammer dieser Tage entgegnete, ist **eine deutsch-französische Diskussion** in Fluß gekommen, der man eine Bedeutung zumessen muß. Es ist nach den bisherigen Erfahrungen zwar nicht für den Erfolg solcher Erörterungen günstig, wenn derartige Auseinandersetzungen in aller Oeffentlichkeit sich vollziehen, doch kann man aus solchen Vorgängen mancherlei Schlußfolgerungen entnehmen. Was beispielsweise jetzt in der französischen Presse in Erwiderung auf die Rede Luthers ausgeführt wird, ist deshalb beachtlich, weil hinter diesen Darlegungen ganz offensichtlich sich gewisse Wünsche und Sondierungsversuche verbergen. Das gilt namentlich für die mit auffallender Eindringlichkeit in Frankreich gegenwärtig im Anschluß an die Rede Luthers behandelte Frage, **ob Deutschland bereit sei, um der Sicherheit Frankreichs willen, bestimmte Garantien zu geben.** Im Grunde ist diese Frage ja bereits durch Luther selbst beantwortet. Die größte Sorge, die sich in Frankreich darauf wieder in aller Oeffentlichkeit äußert, ist die, daß Deutschland zwar an seinen westlichen Grenzen zu einem solchen **Sicherheitsabkommen** bereit sei, dagegen nicht im Osten und Süden, also gegenüber Polen und der Tschechoslowakei Garantieverträge zustehen werde. In Frankreich hegt man offenbar die Furcht, daß Deutschland etwa Polen und die Tschechoslopakei angreifen wolle, um von hier aus das gesamte europäische Problem von neuem aufzurollen versuchen. Aber die Dinge liegen für jeden Kenner der Verhältnisse gerade umgekehrt. Deutschland ist es, das die größte Sorge vor solchen Angriffen haben muß angesichts der Tatsache, daß in Polen und in der Tschechoslowakei Rüstungen in ganz unerhörtem Ausmaß vorgenommen werden, die ihre Spitze ganz offensichtlich nicht etwa Rußland, sondern Deutschland gegenüber haben. Ueber diese Dinge ist uns Frankreich Aufklärung und Sicherung schuldig, und wenn die französische Presse jetzt an Deutschland die Frage stellt, ob es bereit sei, einen Vertrag zu liefern, der keine Spitze gegen England hat, so kann man sich nicht nur über eine solche Naivität wundern, sondern man muß rückhaltlos aussprechen, daß die Garantie Englands gegen Abmachungen, die wir mit Frankreich treffen müßten, geradezu unerläßlich erscheint. In diesem Sinne ist ja seinerzeit auch schon das Cuno-Angebot erfolgt. Und auch die gegenwärtige Regierung würde die Mitwirkung Englands geradezu zur Voraussetzung machen.

*

Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris" stellt ironisch fest, daß die 800 Millionen-Anleihe bei der **Entschädigung der Ruhrindustriellen** draufgegangen sei. De Villemus will von unterrichteter Seite erfahren haben, daß Deutschland während des Ruhrwiderstandes geheime Fonds für Auslandspropaganda angelegt habe. Ferner will er sich verschiedene Einzelheiten über geheime Sitzungen der Finanzkommission im vergangenen Oktober verschafft haben. In einer dieser Sitzungen soll Dr. Luther gegen die Aufwertung der früheren Anleihen Stellung genommen haben unter Hinweis darauf, daß die Ruhroperation Deutschlands Verpflichtungen in Höhe von ungefähr 15 Milliarden Goldmark auferlegt habe. Nach dem Geständnis eines deutschen Ministers habe der Ruhrwiderstand jedoch höchstens 7 bis 8 Milliarden Goldmark gekostet. Die geheimen Fonds der deutschen Regierung könnten daher auf 8 Milliarden Goldmark veranschlagt werden. Es war zu erwarten, daß in der französischen nationalistischen Presse die Angelegenheit der **Ruhrkredite** weidlich ausgebeutet werden würde. Was aber der Berliner Vertreter des „Echo de Paris" über die Geheimfonds für Auslandspropaganda im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit zusammenfaselt, das gehört in das Bereich der allerausschweifendsten Phantasie, und für seine Vermutung, daß die Geheimfonds der deutschen Regierung auf acht Milliarden Goldmark veranschlagt werden könnten, wird er selbst unter seinen leichtgläubigen französischen Lesern keinen finden, der so dumm ist, ihm so etwas zu glauben. Dieser niedliche Hetzversuch ist ein charakteristisches Beispiel für die sonst oft nicht ungeschickt verwendete Art der französischen Hetze, Wahres mit Lügen zu verbinden in der Erwartung, daß der Leser beides zusammen schluckt.

*

In der **Frage der Ruhrentschädigungen** hat die Regierung eine **Denkschrift** ausgearbeitet, die voraussichtlich noch vor Ende der Woche veröffentlicht werden wird. „Gegenüber den schiefen und von völlig falschen Voraussetzungen ausgehenden Darstellungen eines Teils der Presse" wird jedoch bereits jetzt in allgemeiner Hinsicht von zuständiger Stelle folgendes festgestellt und durch WTB. verbreitet: Der im Herbst 1923 gefaßte Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet durch die Zustimmung zum Abschluß der Micum-Verträge zu ermöglichen, war der Ausfluß des politischen Willens, der Weg der sogenannten **Versackungspolitik** gegenüber den besetzten Gebieten unter keinen Umständen zu beschreiten. Viele Kritiker scheinen heute keine Vorstellung mehr davon zu haben, wie es im Herbst 1923 nach Beendigung des passiven Widerstandes in dem besetzten Gebiet ausgesehen hat, soweit die Besatzungsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit tatsächlich verhinderten. Die notwendige Voraussetzung für den Abschluß der Micum-Verträge war die Zusicherung der Reichsregierung, nach erfolgter Ordnung der Reichsfinanzen für die unter dem **Micum-System von der Industrie geleisteten Vorschüsse** auf Reparationslieferung des Reichs **Ersatz** zu leisten. Nur so konnte allmählich Abhilfe geschaffen und äußerste Not von der Bevölkerung abgewandt werden. Die loyale Einlösung dieser damls übernommenen Verpflichtung deckt sich mit der bei Reichsregierung und Volksgesamtheit in gleicher Weise herrschenden Ueberzeugung, daß die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsprovinz für das Reich werden dürfen.

## Deutsche Finanzministerkonferenz

**Berlin**, 4. Febr. Im Reichsfinanzministerium haben heute die Beratungen der Finanzminister der Länder begonnen. Die im Reichsfinanzministerium nach Luther ausgearbeiteten Entwürfe, die von seinem Nachfolger v. Schlieben ohne Aenderungen übernommen worden sind, sollen den Finanzministern der Länder unterbreitet werden. Die Finanzminister der Länder haben auf Einladung der sächsischen Regierung eine **Vorkonferenz gehalten**, in der versucht wurde, eine einheitliche Stellungnahme der Länder zu den Plänen des Reichsfinanzministers herbeizuführen. Man hat sich, wie verlautet, dabei dahin geeinigt, Gegenvorschläge zu machen, die in wichtigen Punkten von den Plänen abweichen. Die wichtigste und wohl auch die umstrittenste Frage ist die des sogenannten **Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.** Das jetzt in Geltung befindliche Schema läßt dem Reich nur 10 vom Hundert der Einkommen- und Körperschaftssteuer, während Länder und Gemeinden 90 vom Hundert erhalten. Von der Umsatzsteuer, der zweitwichtigsten Steuerquelle des Reiches, erhalten die Länder 20 vom Hundert. Die neuen Steuervorschläge des Reichsfinanzministers gehen nun dahin, **eine Ermäßigung der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer um ein Drittel vorzunehmen und den Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht zuzubilligen,** das an gewisse Höchstgrenzen und an die Genehmigung durch den Reichstag gebunden ist. Die Aenderung sieht einen ähnlichen Zustand vor, wie er früher schon einmal bestanden hat. Weiter ist geplant, anstelle der ursprünglich beabsichtigten Beseitigung des **Länderanteils an der Umsatzsteuer eine Erhöhung dieses Anteils eintreten zu lassen.** Schließlich soll als Ersatz für den Ausfall, der dem Reich durch Verminderung der Einkommen-, der Körperschafts- und der Umsatzsteuer entsteht, eine starke **Steigerung der Verbrauchssteuern** eintreten. Ferner ist eine durchgreifende **Vereinfachung des ganzen Steuersystems** geplant. Einzelne Steuern, die das Reich bisher erhoben hat, sollen den Ländern und Gemeinden ganz überlassen werden, gewisse Steuern, die erst in der Inflationszeit eingeführt wurden, sollen wieder verschwinden. Auch die **Auslandskredite für Länder und Gemeinden** und nicht zuletzt die **Aufwertungsfrage**, werden bei den Besprechungen der Minister eine wichtige Rolle spielen. Werden die vorstehenden Pläne in die Tat umgesetzt, so begibt sich das Reich damit eines wesentlichen Teils seiner jetzigen Steuerhoheit.

**Berlin**, 4. Febr. Im Reichsfinanzministerium trat unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers von Schlieben eine **Konferenz der Finanzminister der Länder** zusammen. Der Reichsfinanzminister kennzeichnete als Zweck seiner Einladung, eine Uebereinstimmung zu erzielen über den künftigen **Finanzausgleich.** Er bemerkte, da man nun damit rechnen könne, daß Reich, Länder und Gemeinden trotz hoher außergewöhnlicher Anspannung der Leistungen das laufende Rechnungsjahr im großen und ganzen ohne Fehlbetrag, vielfach mit Ueberschuß werden abschließen können, glaube er feststellen zu dürfen, daß die in der 3. Steuernotverordnung getroffene Regelung des Finanzausgleichs den damit verfolgten Zweck in vollem Umfange erfüllt habe. Der zu schaffende Finanzausgleich müsse von dem Reich, Ländern und Gemeinden die Einnahmen zur Verfügung stellen, die zur Befriedigung aller wünschenswerter Bedürfnisse hinreichen, sondern er soll lediglich die Beteiligungsverhältnisse an dem Steueraufkommen festlegen. Es fordere die geschwächte Steuerkraft der Wirtschaft zu Einschränkungen des Bedarfs, so haben das Reich, die Länder und Gemeinden diese Einschränkungen gemeinsam und zwar nach den ihnen richtig zugemessenen Anteilen am Steueraufkommen zu tragen. Der Finanzausgleich sei ein Verteilungsproblem. Bei einer Erörterung erhebe sich zunächst die Frage: **Was ist zu verteilen?** Auch bei äußerster Ausnützung reiche die **Steuerkraft in der nächsten Zeit nicht aus,** um die Ansprüche zu befriedigen, die Deutschland seiner geschichtlichen und kulturellen Bedeutung nach an seine Finanzen zu stellen berechtigt sei. Eine überschüssige Steuerkraft sei nicht vorhanden. Den Ländern soll ein Betrag von etwa 1875 Millionen Mark aus der Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz- und Rennwettsteuer zur Verfügung stehen soll. Zu diesen 1875 Millionen Mark, die teils den Ländern zu überweisen, teils in Gestalt von Zuschlägen für die Länder und Gemeinden zu erheben wären, treten etwa 3000 Millionen Mark eigene Steuern der Länder und Gemeinden und etwa 650 Millionen Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen. Er betonte, daß es ihm bei der finanziellen Auseinandersetzung zwischen **Land und Gemeinden** auch als schwerer Fehler erscheinen würde, den Gemeinden finanzielle Möglichkeiten zu eröffnen, die über ihren durch die allgemeine Lage vorgezeichneten Bedarf hinausgehen. Wenn der mitgeteilte Gesetzentwurf eine Verlängerung der **Geltungsdauer des Besoldungssperrgesetzes um weitere zwei Jahre vorsehe,** so sei dafür auch der Gesichtspunkt wirksamer Beeinflussung der Finanzpolitik der Gemeinden maßgebend. Zur Frage der richtigen Bemessung der Beteiligungsverhältnisse an den Steuern erklärt der Minister, es erscheine ihm angebracht, die hauptsächlichsten Steuern, die Einkommensteuer und Körperschaftssteuer einerseits und die Umsatzsteuer andererseits nicht so wie bisher zu verteilen, sondern eine mehr horizontale Verteilung der Steuern in der Weise vorzunehmen, daß die Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer mit 66⅔ Prozent und an der Umsatzsteuer mit 30 Prozent beteiligt werden.

## Untersuchung gegen Barmat-Kutisker

**Berlin**, 4. Febr. Der Untersuchungsausschuß für die Angelegenheit Barmat-Kutisker vernahm den Abg. Heilmann (Soz.) zum Fall Barmat als Zeuge. Er erklärte, er habe Julius Barmat 1919 kennen gelernt, als er, Heilmann, die Berliner Berichterstattung für ein holländisches sozialistisches Blatt übernommen habe, zu dessen Gründung Julius Barmat 350 000 Gulden hergegeben habe. Als Barmat in Geschäftsangelegenheiten im März 1919 nach Berlin kam, habe er Barmat persönlich kennen gelernt. Barmat sei von Trölstra als aufrichtiger Freund der Arbeiterbewegung, sowie von einem früheren Anwalt Barmats als durchaus einwandfreie Persönlichkeit charakterisiert worden. Heilmann selbst gewann während eines 6jährigen Verkehrs mit Barmat denselben Eindruck. Die **Verbindung Barmats mit Hermann Müller und Wels** sei im April 1919 zustande gekommen. Barmat hatte dem Büro der sozialistischen Internationale damals in Amsterdam drei Räume zur Verfügung gestellt. Was die Behauptung angeht, Barmat habe den „Dolchstoß" finanziert, so verweist der Zeuge darauf, daß der Einzug in diese Räume erst mehrere Wochen nach dem Waffenstillstand erfolgte. Seine Parteigenossen Müller und Wels hätten im Mai Barmat kennen gelernt. Diese Bekanntschaft sei später in Berlin fortgesetzt worden. Nach dem Kriege erteilte die Paßstelle in Amsterdam Barmat dreimal ein Visum. Ein Transvisum sei von Maltzahn bei der deutschen Gesandtschaft im Haag **abgelehnt worden,** der erklärt habe, ein solches könne nur das Auswärtige Amt in Berlin ausstellen. Als im Jahre 1917 die im Ausland lebenden Russen zu Zustimmungskundgebungen für eine ententetreue Kriegsverlängerung veranlaßt worden seien, sei Barmat für einen anständigen Frieden mit Deutschland eingetreten. Daraufhin sei Barmat in Amsterdam ausgepfiffen worden. Das Angebot, bolschewistischer Generalkonsul in Holland zu werden, habe Barmat abgelehnt. Barmat sei nach Berlin zurückgekehrt und habe ein Empfehlungsschreiben eines hervorragenden belgischen Politikers an Ebert vorgelegt, in dem gebeten worden sei, ihm, dem belgischen Politiker, mitzuteilen, welche besonderen Wünsche die Sozialdemokraten **für die Friedensverhandlungen in Versailles hätten.** Er wolle diese Wünsche dem sozialistischen Vertreter Belgiens auf der Versailler Konferenz übermitteln. Deshalb sei Barmat Ebert vorgestellt worden. Dieser habe von dem

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schreiben Kenntnis genommen und seiner Freude über eine solche Gelegenheit für Deutschland Ausdruck gegeben. **Barmat sei dann vom Reichspräsidenten zum Abendessen eingeladen worden und später zum Empfang des Antwortbriefes zu einer Tasse Kaffee.** Seitdem habe der Reichspräsident Barmat oder einen der Barmats nie wieder gesehen. Nach der **letzten Zusammenkunft habe der Reichspräsident etwas von Barmat erfahren, was ihm nicht gefallen** habe und habe eine Bemerkung gemacht, in der das Wort „Jude" vorgekommen sei. Barmat habe sich beleidigt gefühlt und seitdem hätten es beide vermieden, zusammenzutreffen. Nach dem Januar 1919 hätten keine Beziehungen mit dem Reichspräsidenten mehr bestanden. — Heilmann kommt hierauf auf die Rolle zu sprechen, die der Sozialdemokrat Franz Krüger bei der Ausstellung von Ausweisen usw. gespielt hat. Dieser habe dabei nicht im Sinne des Reichspräsidenten, sondern auf seine eigene Verantwortung hin gehandelt. Krüger habe sich nicht als Beamter, sondern als politischer Verbindungsmann zwischen dem Reichspräsidenten und der sozialdemokratischen Partei angesehen. Aus seiner Stellung hätten sich fortwährend Konflikte zwischen ihm und dem Reichspräsidenten ergeben, die schließlich dazu geführt hätten, daß Krüger seine Tätigkeit beim Reichspräsidenten niedergelegt habe. Zuwendungen hat, nach Heilmanns Ansicht, Krüger von Barmat nicht erhalten. Die Krügerschen Ausweise hätten den Stempel „Büro des Reichspräsidenten" getragen. — Abg. Heilmann erklärt nun, er wünsche vereidigt zu werden und kommt dann auf die Beziehungen zwischen **dem Sohne Eberts und den Barmats zu sprechen.** Er erklärte, der Sohn Eberts habe eines Tages ohne sein (Heilmanns) Wissen bei Barmat angefragt, ob er nicht in seinem Betriebe Stellung finden könne. Barmat habe ihn an die Bremer Privatbank verwiesen. Daraufhin sei Ebert jr. von dem Leiter der **Bremer Privatbank engagiert worden** zu dem Zweck, ein sozialpolitisches Referat für den gesamten Konzern aufzuziehen. Das sei im Herbst 1924 gewesen. Solange dieses sozialpolitische Referat aber nicht bestand, sollte Ebert jr. in der Buchhaltung arbeiten und zwar zu einem Gehalt von 500 ℳ monatlich. In der Buchhalterei sei er 1½ Monate beschäftigt gewesen. Diese Tätigkeit habe ihm aber wenig behagt und er habe zu ihm, Heilmann, den Wunsch geäußert, wieder auszuscheiden. Ebert jr. habe sich auf seinen Rat hin beurlauben lassen, sei dann aber im November ausgeschieden. — Weiter äußert sich Heilmann über seinen **Verkehr mit Julius Barmat.** Von 1919 bis 1921 habe er mit Julius Barmat sehr viel verkehrt. Seit 1920 habe an diesen Zusammenkünften, die meist abends stattgefunden hätten, auch Polizeipräsident **Richter** teilgenommen. Dieser starke Verkehr habe mit ihm meist abends die abgeschlossenen Geschäftsverträge auf ihre juristische Tragweite hin durchgesprochen. Es seien hauptsächlich Lebensmittelgeschäfte gewesen, die seines Wissens nur mit Reichsstellen und anderen staatlichen Stellen abgeschlossen worden seien. Deshalb verstehe er nicht die Frage, ob Barmat so viele Einfuhrkontingente bekommen hätte, daß er Kontingentscheine habe verkaufen können. Gekauft wurde nur von der Reichsstelle. Die Aufträge konnten nicht an andere Lieferanten weiterveräußert werden. Von Einfuhrmonopolen für Barmat ist Heilmann nichts bekannt. Die Verträge seien durch das Reichswirtschaftsministerium gegangen, an dessen Spitze damals der Sozialdemokrat Robert Schmidt gestanden habe. Ein oder zweimal sei Barmat amtlich von Schmidt empfangen worden. — Heilmann kommt weiter auf die Reise des Julius Barmat nach Amsterdam zu sprechen, als anfangs 1920 im Rotterdamer Hafen ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen war, wodurch der Hafen für mehrere Wochen stillgelegt worden sei. Bei Streikausbruch habe Julius Barmat dem Reichswirtschaftsministerium angeboten, er wolle bewirken, daß die in Rotterdam liegenden Waren, die vom Deutschen Reiche gekauft und bezahlt waren, von den Streikenden abtransportiert würden. Das **Reichswirtschaftsministerium habe, als der Streik sich hinzog, Barmat ermächtigt, Verhandlungen über die Freigabe der Waren zu führen.** Der Vertreter der damaligen SPD., Abg. Franz Krüger, der Vertreter der damaligen USPD., Wilhelm Könen, und der Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbands, Vorsitzender Döring, seien nach Holland gegangen und bei den dortigen Arbeiterverbänden mit dem Hinweis auf die gefährdete Ernährung des deutschen Volkes für die Freigabe des Transportes vorstellig geworden. Dem sei auch zugestimmt worden und der Abtransport der Waren habe erfolgen können. Könen habe selbst diese Reise dazu benutzt, um von Barmat ein Darlehen von achttausend Mark zu bekommen. — Zu der Frage der Gutachten der Bochumer Handelskammer und des Generalkonsulats in Amsterdam bemerkt Heilmann, daß er diese Gutachten zunächst nicht gekannt habe. Er habe jedoch anfangs 1919 Kenntnis von ihnen erhalten. Barmat habe ihm dann gesagt, der Amsterdamer Bericht sei aus politischen Tendenzen entstanden.

## Aus der französischen Kammer

**Paris,** 3. Febr. In der Dienstag Nachmittagsitzung der Kammer setzte der Abg. Blum seine vormittags begonnene Rede fort. Ebensosehr wie wir Sozialisten s. Zt. uns für die Streichung der interalliierten Schulden aussprachen, fuhr Blum fort, ebensosehr **bekämpfen wir immer die militärische Besetzung.** Der so gefährliche deutsche Nationalismus zog seine Kraft aus den Handlungen unserer Nationalisten. Wir sprachen uns gegen die Ruhrbesetzung aus und wir denken in gleicher Weise über die Rheinbesetzung. (Abg. General St. Just rief von der Rechten: Und wenn Frankreich dabei auch unterginge!) Blum fuhr fort: Der Ministerpräsident sprach in seiner letzten Rede von der **Sicherheitsfrage.** Wir sind der Ansicht, daß sie mehr von moralischen als von materiellen Gründen abhängt. Hat man nicht von gewisser Seite erklärt, die **Besetzungsfristen auf dem linken Rheinufer hätten noch nicht begonnen?** (Marin rief dazwischen: Das ist die Auffassung, die Herriot in der Kammer und im Senat vertrat.) Im weiteren Verlauf erklärte der Abg. Blum; man könne doch nicht den Standpunkt vertreten, daß **die Besetzung des linken Rheinufers bis ins Unendliche dauern werde.** (Herriot rief: Nein, ich habe das tausendmal gesagt.) Blum fuhr fort, er hoffe, und habe die Ueberzeugung, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem sich alle zivilisierten Staaten versammelten, um wirklich für den Weltfrieden zu arbeiten. — Der Kommunist Cachin beschäftigt sich mit der Politik gegenüber Rußland. Als er die Sozialisten angreift, erheben diese lauten Protest, worauf die **Kommunisten die Internationale anstimmten.** Der Ministerpräsident verließ die Regierungsbank und gab dem Kammerpräsidenten ein Zeichen, **die Sitzung aufzuheben, was auch geschah.** Die Kredite für die neu zu schaffende Mission beim Vatikan wurden mit 317 gegen 246 Stimmen später bewilligt.

# Neues vom Tage.

### Wünsche der Beamten.

**Berlin,** 4. Febr. Mehrere Blätter melden, daß die Beamtenspitzenorganisationen in diesen Tagen im Reichsfinanzministerium den Wunsch der Beamtenschaft auf **Wiedereinführung der Vierteljahresgehälter** vorgetragen hätten. Der Vertreter des Reichsfinanzministers habe die Erklärung abgegeben, daß die Regierung schon in allernächster Zeit sich mit der Wiedereinführung der Vierteljahrsgehälter ab 1. 4. d. J. beschäftigen werde. Gegen diesen Zahlungsmodus bestünden allerdings noch bei einigen Ländern und bei der Mehrzahl der Gemeinden Schwierigkeiten. Die Regierung habe jedoch die Absicht, die Widerstände zu überbrücken und die Vierteljahrszahlung vielleicht so zu regeln, daß immer ein Drittel der Beamtenschaft in ihrer Genuß komme.

**Berlin,** 4. Febr. Die Eisenbahnerorganisationen, die den Lohn- und Arbeitszeitparagraphen des Tarifvertrags mit der Reichsbahn zum 28. Febr. gekündigt haben, haben laut „Vorwärts" gestern beschlossen, mit der Reichsbahn sofort in Lohn- und Gehaltsverhandlungen einzutreten. Es wurde ein entsprechendes Schreiben an den Verwaltungsrat der Reichsbahn abgesandt.

### Um den Ruhrkredit

**Berlin,** 4. Febr. Entgegen den bisher verbreiteten Darstellungen der **Vorgänge bei den Ruhrindustrieentschädigungen** erfährt die „B. Z. am Mittag" von zuständiger Stelle, daß nicht etwa zwischen dem 20. Dez. und jetzt ein Betrag von 645 bezw. 715 Millionen ausgezahlt worden ist, sondern daß diese Zahlungen sich über mehr als ein Jahr erstrecken. Die Unterstützung geschah zunächst durch Vermittlung von Krediten, dann durch Garantien und als die Reichsbetriebe wieder Geld hatten, durch die Hergabe von vorläufigen Darlehen, wobei der jeweilige Nachweis des unmittelbar dringenden Bedürfnisses gefordert wurde. Die Interessen der kleineren Geschädigten sind insofern begünstigt worden, als der Abschluß mit ihnen als erster durchgeführt wurde. Die Zuwendungen an die Industrie sind nicht selbständig vom Kabinett, sondern im Zusammenhang mit Aufsichtsstellen und Sachverständigen erfolgt und zwar sind gegenüber den insgesamt geforderten Summen Verminderungen um 20 und 30 Prozent durchgesetzt worden. Schließlich handelt es sich bei der ganzen Angelegenheit nicht um ein Novum, sondern um einen Teil der Reparationsverpflichtungen, die genau nach dem Vorgang anderer verhandelt und beglichen werden mußten.

### Erklärungen des Reichswirtschaftsministers

**Berlin,** 3. Febr. Reichswirtschaftsminister Neuhaus gab dem Berliner Vertreter der „Köln. Zeitung" Erläuterungen zu dem vom „Temps" vor kurzem veröffentlichten Protokoll vom 18. 12., das auch in die deutsche Presse überging und Verhandlungen zwischen der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie zum Gegenstand hat. Der Reichsminister erklärte, es handele sich nicht um einen Vertrag, sondern nur um ein Protokoll zwischen einigen Vertretern der beiden Industrien, die damals als Sachverständige zu den Handelsvertragsverhandlungen in Paris gewesen seien. Tatsächlich kam es nachher zu einem Vertrage nicht, weil die grundlegende Voraussetzung, nämlich eine Verständigung zwischen der deutschen und der französischen Industrie über die Abnahme bestimmter jährlicher Mengen von französischem Roheisen und Halbzeug durch die deutsche Industrie nicht erzielt wurde.

### Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag

**Washington,** 3. Febr. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschloß, über den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag einen **zustimmenden Bericht** mit **einigen Vorbehalten** zu erstatten. Zu diesen gehört das Recht, nach einem Jahr die Bestimmungen des Vertrags über den Vorzugstarif und die Eisenbahnfrachtsätze bei 90tägiger Kündigungsfrist abzuändern.

### Amerika und der Handelsvertrag

**Washington,** 4. Febr. Der **Handelsvertrag mit Deutschland** ist als Muster für die Abmachungen mit anderen Mächten gedacht. Er untersagt jedem Lande in den Zollabgaben oder Eisenbahnraten einen Unterschied zugunsten von Gütern zu machen, die von der eigenen Schiffahrt befördert worden sind. Zahlreiche Senatoren haben gegen diese Bestimmung Bedenken erhoben, weil sie der Regierung die Möglichkeit der Unterstützung der amerikanischen Handelsmarine völlig nehmen würde. Senator Borah wurde beauftragt, sobald wie möglich die Vorbehalte zu dem Vertrag zu Papier zu bringen.

**Washington,** 4. Febr. Außer dem **Vorbehalt für die Handelsmarine** wurde vom Senatsausschuß noch ein anderer angenommen, wonach der deutsch-amerikanische Handelsvertrag nicht so ausgelegt werden kann, daß er irgendwie die bestehenden Bestimmungen berührt, sei es hinsichtlich der Einwanderung von Fremden, sei es hinsichtlich des Rechtes jedes Landes, solche Bestimmungen zu erlassen. Es wurde erklärt, daß dieser Vorbehalt notwendig geworden sei, infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über die dauernde Herabsetzung der Einwanderungsquote seit Abschluß des Vertrages im Jahre 1923.

---

# Ingeborg.

[15]

Roman von Fr. Lehne.

Urheberschutz durch Stuttgarter Romanzentrale C. Ackermann, Stuttgart.

Und wie sie die Hero spielte! Das Publikum, und Dietrich mit ihm, war gefesselt, hingerissen von der Gewalt ihres Darstellungsvermögens; wie aus einem Gusse war ihre tiefdurchdachte und gefühlte Leistung. Im Anfang die keusche Dienerin der Göttin, die Gewalt der Liebe nicht kennend, sie nicht verstehend, dann aber das ganz Liebe gewordene Weib, das nur noch in dem Geliebten lebt und sich in Sehnsucht nach ihm verzehrt.

Und nach der schrecklichen Gewißheit von seinem Tode, welche erschütternden Töne sie da für den Schmerz fand, der ihre Seele zerriß, sie in ihren Tiefen aufwühlte! Die Klage an Leanders Leiche hatte man wohl noch nie so ergreifend gehört! Sie verstand es, die Zuschauer zu packen, in ihren Bann zu ziehen, daß sie atemlos dasaßen und ihr lauschten.

Das hatte er doch nicht in dem schüchternen, zaghaften Mädchen gesucht, als welches er sie hatte kennen gelernt. Und jetzt begriff er auch ganz, daß sie sich unmöglich glücklich in dem nüchternen Berufe einer Lehrerin hätte fühlen können!

Nach diesem Theaterabend war er ihrem Zauber verfallen; er konnte den Gedanken an sie nicht mehr los werden; ihr schönes Gesicht gaukelte Tag und Nacht vor seinen Augen; nie hatte er ein wonnigeres Weib gesehen, und das Verlangen wurde immer lebhafter in ihm, die Bekanntschaft mit ihr zu erneuern.

— — — — — — — — — —

Auf dem nächsten Empfangsabend bei der Baronin Franzius fehlte er nicht. Uebrigens konnte er auch dem Hause der Dame nicht länger fernbleiben, wenn er sie nicht ernstlich kränken wollte, sie, die einst eine sehr gute Freundin seiner Mutter war, aber durch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten dem Hause Steineck seit langem entfremdet wurde.

Und in ihm lebte die stille Hoffnung und der Wunsch, die schöne Künstlerin dort vielleicht zu treffen.

Als er die geschmackvollen Räume der Villa Franzius betrat, traf er dort viele Bekannte, und ihm ganz Fremde an. Man hielt sich gern bei der geistvollen, im guten Sinne durchaus modernen Frau auf, die die verschiedensten Elemente aus den verschiedensten Gesellschaftskreisen um sich versammelte. Dort traf man hochtönende Namen der Aristokratie neben denen von Künstlern und Gelehrten. Niemals hatten die Gäste ein Gefühl der Langeweile. Jeder wurde mit der gleichen Freundlichkeit aufgenommen und seiner Veranlagung entsprechend behandelt.

Klarissa von Franzius verstand, mit den Fröhlichen fröhlich zu sein und mit den Trauernden zu weinen und sie gleichzeitig zu trösten und in jedem das Gefühl zu erwecken, ein besonders Bevorzugter zu sein!

„Sieht man Sie endlich auch einmal wieder, lieber Steineck? — Ich freue mich aufrichtig, daß Sie mich doch noch nicht vergessen haben, wie ich befürchtete."

Mit freundlichem Vorwurf empfing die Hausfrau den jungen Offizier und reichte ihm liebenswürdig die volle, wohlgepflegte Hand, die er an seine Lippen zog.

„Verzeihen Sie gütigst, Frau Baronin, ich fühle mich schuldbewußt. Doch tut es mir wohl, zu hören, daß Sie mich vermißt haben! Ich werde gut machen!"

„Nun ja, man kennt Euch jungen Leute! Ich will aber durchaus keinen Zwang ausüben! Aber gerade Sie, lieber Steineck, sehe ich so gern bei mir. Sie wissen ja, wie ich die Jugend liebe! Uebrigens, haben Sie gute Nachrichten von zu Hause? — Ja? — Nun, das freut mich zu hören! Es ist mir ja außerordentlich leid, daß ich mit Ihrer Mutter so ganz außer Beziehung gekommen bin — an mir lag aber die Schuld nicht!!"

„Das weiß ich recht gut. Meine Mutter ist — Gott sei es geklagt — in den letzten Jahren sehr, wie soll ich sagen, mir fällt momentan nicht das Richtige ein — abgeschlossen geworden."

„Ja, sie ist sehr exklusiv, und ich weiß, daß sie mich nicht begreift, es mir sogar verdenkt, wie ich seit dem Tode meines Gatten mein Leben eingerichtet habe! — Soll ich ewig in Sack und Asche gehen? — Warum sollte ich nicht auch Fühlung mit den Kreisen suchen, die mir durch Geburt fernstehen? — Ich bitte Sie, solchen Standesvorurteilen zu huldigen, ist einseitig! Die Freundschaft mit Ihrer Mutter war mir sehr wert, lieber Dietz, aber meine ganze Lebensanschauung konnte ich ihr doch nicht opfern."

Die Dame war etwas erregt; in ihrer Stimme zitterte es wie Tränen.

Bestätigend nickte Dietrich. „Auch für meinen Vater und für mich sind Mutters Ansichten manchmal unbequem; na, man gibt eben nach. Ich glaube, sie steht etwas unter dem Einfluß von Tante Plettenbach."

„Trotzdem sie eine so selbständige Natur ist? — Ich begreife es nicht. Gräfin Plettenbach ist mir gar nicht gut gesinnt, aus Gründen, die weit, weit zurückliegen! Wie gesagt, lieber Dietz, deshalb freue ich mich doppelt, daß Sie mir nicht untreu geworden sind."

Er neigte sich über ihre Hand. „Es war kein böser Wille, lediglich Nachlässigkeit! Ich klage mich dessen an und gelobe Besserung. Tante Plettenbach hat über mich keinen Einfluß, im Gegenteil."

Sie saßen beide in einer gemütlichen Plauderecke, von wo er die Räume gut übersehen konnte.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

## Deutscher Reichstag.

**Berlin,** 4. Febr. Im Reichstag wurde am Mittwoch die Beratung über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt, gleichzeitig 50 Interpellationen zur Sozialpolitik beraten. Es kommen allerlei sozialpolitische Fragen zur Behandlung, wozu Redner verschiedener Parteien das Wort ergriffen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gab einen Ueberblick über die Tätigkeit seines Amtes. Er erinnert an seine Rede im Haushaltsausschuß. Schöne Reden könnten kein praktisches Ergebnis für die Sozialnotleidenden bringen, hierzu sei die praktische Arbeit das allein gegebene. Es sei ein wesentlicher Erfolg, wenn schon kurze Zeit nach dem Zusammenbruch unsere soziale Versicherung auf festen Füßen stand. Nach Verabschiedung des Unfall-Versicherungsgesetzes werde man überall wieder die Friedensleistungen erreicht haben. Die Reichsregierung wird eine planmäßige und zusammenfassende Gestaltung der Sozialversicherung nicht aus dem Auge verlieren. Es sei aber eine gesetzliche Maßnahme notwendig; es habe keinen Zweck, Beschlüsse zu fassen, die nachher wieder korrigiert werden müßten. Der Minister spricht sich für eine baldige endgültige Schaffung der Arbeitslosenversicherung aus. Selbstverständlich können auch hier nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden. Die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge hätten sich seit dem Jahre 1912 fast um 100 Prozent erhöht.

## Württembergischer Landtag.

**Stuttgart,** 4. Febr. Am Mittwoch wurde über die zahlreichen Anträge abgestimmt, die zum ersten Kapitel des Etats des Arbeits- und Ernährungsministeriums eingebracht worden waren. Im ganzen waren nicht weniger als 27 Abstimmungen erforderlich, aber diese Abstimmungen boten ein sehr unerfreuliches und uneinheitliches Bild, indem sich ständig wechselnde Mehrheiten und Minderheiten und dabei die seltsamsten Parteikombinationen ergaben. Manche Abgeordnete scheinen der Aufgabe dieser Abstimmung nicht gewachsen gewesen zu sein. Aus den Abstimmungen sind besonders hervorzuheben die Annahme des Antrags Andre betr. die Lohn-, Gehalts- und Preispolitik gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Ablehnung des Antrags Roth auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unter gewissen Vorbehalten, wobei Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Antrag, die Rechte, die Deutsche Volkspartei und Demokraten für den Antrag stimmten, was zu dem Zuruf „glänzende Koalition" veranlaßte. Auch der Antrag des Finanzausschusses auf vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wurde mit 21 Ja (Ztr. und Soz.) gegen 12 Nein (Komm., Völk. und Volksp.) bei 26 Enthaltungen der Rechte und Demokratie abgelehnt. Einmal kam es vor, daß die Sozialdemokratie zu einem Antrag aus Versehen mit Nein stimmte, weil sie ihn falsch aufgefaßt hatte. Im übrigen galt die heutige Debatte dem Kapitel 2 (Zentralstelle für die Landwirtschaft). Gleich zu Beginn kam es zu einem Zusammenstoß. Der Berichterstatter Pflüger (Soz.) wandte sich dagegen, daß zwei Gemeinden für Torfstreu Mittel bekommen haben, die aus dem Kapitel für die Hagelversicherung genommen wurden. Der Präsident wies den Abgeordneten darauf hin, daß er diese Angelegenheit wohl als Abgeordneter, nicht aber als Berichterstatter vorbringen könne. Als Staatspräsident Bazille dem Berichterstatter gelegentlich zurief: Das ist ja Schwindel, gab es einen langanhaltenden Tumult. Präsident Körner erklärte, daß der Zuruf Schwindel sich auf die Zeitungsmitteilungen bezog, aber nicht auf die Ausführungen des Berichterstatters. Staatspräsident Bazille wiederholte auch nachher, daß die Berichte, die Pflüger vortrug, reiner Schwindel seien, denn er habe in der Torfstreu-Angelegenheit lediglich den Vermittler zwischen dem Oberamtmann von Ehingen und dem Finanzministerium gemacht. In der Debatte selbst wurde von zahlreichen Rednern, die man sonst selten zu hören bekommt, u. a. verlangt Schutz des deutschen Weinbaus gegen die Auslandsweine, Schutz der Viehzucht, Förderung der Pferdepflege, Unterstützung der Feldbereinigungen und der Bodenverbesserungen, billige und langfristige Kredite für die Landwirtschaft, Entgegenkommen in Steuerfragen und die Einführung von Schutzzöllen. Gelegentlich gab es auch Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie, die sich gegen die Schutzzölle wandte, von denen der Kleinbauer nur Schaden haben würde. Schließlich erledigte man noch das Kapitel 33 (Landgestüt). Nachmittags Fortsetzung.

**Stuttgart,** 3. Febr. Staatspräsident Bazille rechtfertigte am Dienstag abend seine Haltung zum spanischen Handelsvertrag und betonte, daß sich die wirtschaftspolitische Auffassung der württ. Regierung mit der des Reiches decke. Sie habe nichts getan, was gegen die Grundsätze der Gleichheit verstoße. Der Abg. Dr. Schermann (Ztr.) kritisierte scharf die miserablen Bahnverbindungen im Oberland und das Gratifikationswesen bei der Eisenbahn. Was die Beamten in den höheren Gruppen an Prämien bekamen, wurde nicht bekannt, denn sie erhielten einen eingeschriebenen Brief mit einem Scheck und mit der Verpflichtung zur Geheimhaltung. Der einzige Sachverständige für den Bodenseeverkehr sei infolge seiner Vorstellungen als mißliebig abgebaut worden. Der Redner wünschte ferner eine Zwischenentschädigungsaktion für die Auslandsdeutschen. Auch der Abg. Hartmann (D.V.) wandte sich gegen das Zulagensystem bei der Reichsbahn, das zu einer Günstlings- und Korruptionswirtschaft führe und verteidigte im übrigen unter mehrfachen Zwischenrufen die geradlinige Politik seiner Partei. Der Abg. Gengler (Ztr.) sprach ausführlich über Arbeiterlöhne. Inzwischen hatte in vorgerückter Stunde das Haus sich mehr und mehr geleert und die folgenden Redner fanden wenig Aufmerksamkeit mehr.

**Unsere Zeitung bestellen!**

## Aus Stadt und Land.

**Altensteig,** 5. Februar 1925.

* **Bestätigt** wurde die Wahl des Verwaltungspraktikanten und Schultheißenamtsverwesers Jenkerin Unterdeufstetten, O.A. Crailsheim, zum Ortsvorsteher dieser Gemeinde.

* **Abschied.** Gestern trat Frau Anna Roh geb. Pfeiffe (Blumenwirtstochter) mit zwei Kindern die Ausreise nach Amerika an, um ihrem Mann dorthin zu folgen, der schon vor einiger Zeit vorausging. Am Sonntag fand im „Engel" eine sehr gut besuchte Abschiedsfeier statt, bei der besonders die Anhänglichkeit der Bewohner der oberen Stadt hervortrat. Aber auch im Vormittagsgottesdienst wurde der Scheidenden gedacht. Am Zug, mit welchem die Auswanderer abreisten, fanden sich noch viele Verwandte und Bekannte ein, um der Scheidenden noch Lebewohl zu sagen. Möge die von hier scheidende Altensteigerin mit ihren Kindern in der neuen Welt einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

— **Die Konkurse mehren sich.** Die Anzahl der Konkurseröffnungen, die in letzter Zeit eine sinkende Tendenz hatte, ist mit Jahresbeginn wieder gestiegen. Nach der Zeitschrift „Die Bank" wurden im Januar 757 Konkurse eröffnet gegen 598 im Dezember, 647 im November und 752 im Oktober.

— **Abschaffung der Einschreibpakete.** Das Reichspostministerium stellt z. Zt. Nachprüfungen an, ob die Einschreibpakete abgeschafft werden können. Im allgemeinen scheint der Standpunkt vertreten zu werden, daß der Abschaffung der Einschreibpakete keine großen Bedenken entgegenstehen, da durch das Ende 1918 eingeführte unversiegelte Wertpaket, für das bei Verlust oder Beschädigung Ersatz bis zu 100 Mark geleistet wird, genügend Ersatz geboten sei.

* **Horb,** 2. Febr. (Vom Heimbachkraftwerk.) Die Verwaltung des Bezirksverbandes des Heimbachkraftwerkes beabsichtigt, ihren Sitz von Freudenstadt nach Horb zu verlegen und steht zurzeit in Unterhandlung mit der hiesigen Gewerbebank zum Zwecke des Ankaufs des im Rohbau erstellten Bankneubaus.

**Stuttgart,** 4. Febr. (Akademie der bildenden Künste.) Die Akademie der bildenden Künste zählt im Winterhalbjahr 1924/25 167 Studierende, darunter 153 Maler und 14 Bildhauer.

**Tübingen,** 4. Febr. (Von der Universität.) Der Senat der Universität Tübingen hat Staatsrat Dr. v. Kern, Generalleutnant v. Hofacker, in dankbarer Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um die Förderung der Tübinger Studentenhilfe und Großkaufmann Nebermann in Lübeck die Würde eines Ehrensenators verliehen.

* **Pforzheim,** 4. Febr. Ein schrecklicher Vorfall ereignete sich gestern nachmittag in der Grenzstraße. Ein dort bei seinen Eltern wohnendes 18 Jahre altes Mädchen, das krank zu Bett gelegen hatte, benützte den Augenblick, da es seine Mutter allein ließ, um sich im Fieberwahn aus dem Fenster des vierten Stockwerks auf die Straße zu stürzen. Es hing schon außerhalb des Fensters, als seine Mutter zusprang und es noch an einem Fuß erfaßte. Nun schwebte die Unglückliche, der auch das letzte Kleidungsstück auf die Straße herabgefallen war, schreiend zwischen Himmel und Erde, während sie die Mutter nur mit Mühe festhielt. Ins Zimmer hereinziehen ließ sie sich nicht; Hilfsbereite alarmierten daher die Weckerlinie, doch ehe diese kommen konnte, hatten andere Nachbarn Leitern angelegt und holten die Unglückliche aus ihrer entsetzlichen Lage herab. Sie kam sofort ins Krankenhaus. Eine große Menge hatte sich natürlich angesammelt, welche Zeuge des aufregenden Vorgangs war.

* **Pforzheim,** 4. Febr. Auf dem benachbarten ausgedehnten Hofgut Katharinental ist dieser Tage der langjährige Pächter Rößler abgezogen. An seine Stelle tritt die Badische Landwirtschaftskammer.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Der Magdeburger Reichsbannertag.** Wie der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mitteilt, haben sich zum Reichsbannertag am 22. Februar in Magdeburg bereits so viel Teilnehmer gemeldet, daß die erwartete Zahl von 100 000 nicht nur erreicht, sondern noch überschritten werden wird.

**Riesenbrand in Hamburg.** Ein Riesenfeuer, das enorme Werte zerstörte, hat die Altonaer Futtermittelfabrik von Hamelmann heimgesucht. Die mit allem verfügbaren Mannschaften erschienene Feuerwehr stand einem Flammenmeer gegenüber. Zur Bekämpfung der immer neu auftauchenden Brandherde wurdenen 20 Rohrleitungen angesetzt. Mit großem Getöse stürzte in kurzen Zwischenräumen das Fachwerk der Strohpresse zusammen. 20 Meter hohe Feuergarben zum weithin geröteten Himmel entsendend. Erst in später Abendstunde konnten die ersten Aufräumungsarbeiten in Angriff genommen werden.

**Weitere Räumung an der Ruhr.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß am kommenden Dienstag, 10. Februar, die in Wermelskirchen liegenden englischen Truppen die Stadt endgültig verlassen werden. Damit wird Wermelskirchen, das seit 1918 englische Besatzung hatte, von den Truppen frei. Auch die in Ohligs liegenden englischen Truppen, die die Bahnhofkontrolle ausüben, werden am Samstag zurückgezogen und ihrem in Köln liegenden Truppenteil überwiesen.

**Auch in Japan Parlamentsskandal.** In der Zweiten Kammer kam es zu erheblichen Tumultszenen, die ihren Höhepunkt erreichten, als ein Abgeordneter dem Präsidenten den Gehorsam verweigerte. Er wurde von anderen Mitgliedern des Hauses angegriffen und derartig geschlagen, daß er ohnmächtig zusammenbrach.

## Vermischtes.

**Der Schäferhund als Erzieher.** Jeder Psychologe weiß, daß — Ausnahmen zugegeben — Raubmörder und ähnliche Roheitsverbrecher in ihrer Jugend Grausamkeiten gegen Tiere ausübten. Vom Käfersammeln durch Kinder zum Beine- und Flügelausreißen ist nur ein kleiner Schritt. Andererseits ist bekannt, daß Gefangenen selbst kleinste Tiere wie Fliegen oder Mäuse oft ein Trost in der Einsamkeit sind und zum Mitfühlen anregen. Ein interessantes Experiment hat der Gouverneur Baxter in Maine mit Uebergabe eines Schäferhundes an das Staatsgefängnis gemacht. Während des Aufbaues des abgebrannten Gebäudes nahm er gelegentlich häufiger Besuche seinen Hund mit, und er bemerkte, daß die Gefangenen merkwürdig auf den Anblick des Tieres reagierten. Sie zeigten ihre Freude am Hund auf alle Weise, und als er eines Tages ohne Hund kam, herrschte allgemeine Enttäuschung. Das bestimmte ihn dazu, der öden Stätte einen Hund zu schenken, wozu er einen Schäferhund wählte. Der Kaplan berichtete ihm, daß er niemals ein freundlicheres Tier gesehen habe; es macht die Runde, kennt jeden Sträfling und Wächter und überall, wo er erscheint, heitern sich die Mienen auf. Ja, der Kaplan ist fest überzeugt, daß die Anwesenheit eines Hundes im Gefängnis die ganze Atmosphäre stark beeinflussen und erzieherisch auf das Gemütsleben der Gefangenen einwirken werde. Wir wünschten dieser Mitteilung ebensolche Verbreitung, wie sie eine kürzliche Meldung „von einem Schäferhund zerfleischt", in der deutschen Tagespresse fand. Laut dieser sollte in Brancy bei Paris ein sechsjähriger Knabe, den seine Mutter allein zu Hause gelassen hatte, von einem Hund getötet und in Stücke zerrissen worden sein. Der „Verein für deutsche Schäferhunde (SV)", Sitz München, ließ durch Anfrage in Paris, woher diese Nachricht angeblich stammte, feststellen, daß in Brancy davon nichts bekannt und zu ermitteln war.

## Handel und Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse vom Mittwoch, 4. Februar
Die Kurse verstehen sich in Billionen Papiermark

| | 3. Geld | 3. Brief | 4. Geld | 4. Brief |
|---|---|---|---|---|
| London 1 Pfund Sterling | 20.098 | 20.148 | 20.092 | 20.142 |
| Neuyork 1 Dollar | 4,195 | 4,205 | unverändert | |
| Rio de Janeiro 1 Milreis | 0.486 | 0.488 | 0.484 | 0.486 |
| Amsterd.-Rotterd. 100 Gulden | 169.06 | 169.48 | 169.04 | 169.46 |
| Brüssel-Antwerpen 100 Frcs. | 21.65 | 21.71 | 21.68 | 21.74 |
| Oslo 100 Kronen | 64.12 | 64.28 | 64.19 | 64.35 |
| Italien 100 Lire | 17.43 | 17.47 | unverändert | |
| Paris 100 Frcs. | 22.68 | 22.74 | 22.70 | 22.76 |
| Prag 100 Kronen | 12.405 | 12.445 | 12.37 | 12.41 |
| Schweiz 100 Frcs. | 80.97 | 81.17 | unverändert | |
| Spanien 100 Peseten | 59.92 | 60.07 | 59.97 | 60.13 |
| Stockholm-Gothenb. 100 Kro. | 113.02 | 113.30 | unverändert | |
| Wien 100 000 Kronen | 5.91 | 5.93 | 5.908 | 5.928 |

### Wirtschaft

**Der neue Silberdollar in U.S.A. ein Fehlschlag.** Die in Höhe von 40 000 000 Stück ausgegebenen Silberdollars finden beim Publikum keinen Anklang. Für die Börse sind sie „zu groß" und wenn man sie lose in der Tasche trägt, „reiben sie schnell ein Loch hinein". Es müssen in der Tat unförmige Münzen sein, denn sie werden im Volke „Wagenräder" (cartwheels) genannt, ein Spottname, den unseres Wissens früher auch schon einmal silberne Fünfschillingstücke getragen haben.

**Konkurse und Geschäftsaufsichten.** Neue Konkurse: Richard Forrer, Landesproduktenhändler in Möckmühl OA. Neckarsulm; Wilhelm Koller, Bauer in Oberkirneck OA. Welzheim; Fritz Seyffert, Restaurateur in Stuttgart; Fa. Wiedmann u. Wolf, Textilwarengroßhandlung in Stuttgart; August Schurr, Kissenfabrik in Gültlingen OA. Nagold; Hans Drexler, Schreinermeister in Aeggliswеiler OA. Laupheim; Nachlaß des Kaufmanns Albert Stoll in Kirchberg OA. Gerabronn; Fa. Automobilbedarf GmbH. in Stuttgart; Fa. Streicher u. Gnann, Südd. Zigarrenfabrik in Cannstatt; Karl Rommel, Mechaniker und Inh. einer Wollwarenfabrik in Eßlingen; Fa. Math. Mayer, Buch-, Papier- und Schreibwarenhandlung in Tuttlingen; Gebr. Mangold, Herrenmoden-, Sportartikel- und Wollwarengeschäft in Stuttgart; Fa. Hauser u. Maier und Christian Hauser in Pfeffingen OA. Balingen; Kaufmann Willy Bamlett, Inh. einer Herrenwäschefabrik in Stuttgart; Albert Muff, Bürstengeschäft in Vaihingen a. F.; Orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik „Beyrut" in Cannstatt; Urban Lang, Inh. eines Mehlgeschäfts in Saulgau; Fa. Ernst Rumpf und Co., Großhandel mit Radiogegenständen in Stuttgart; Nachlaß des Wilh. Krons, Kaufmann in Stuttgart; Wilh. Bürk, Elektrotechniker in Obersontheim OA. Gaildorf. — Geschäftsaufsicht: Fa. Heinr. Wagenmann in Buchau; Kaufmann Karl Kronh, Exportgeschäft in Stuttgart; Südd. Kerzenfabrik Arthur Pfau AG. in Kirchheim u. T.; Maschinenfabrik Gebr. Dürr AG. in Rohrdorf OA. Nagold; Fa. Hebert u. Dover, Schuhwarenfabrik in Backnang; Kaufmann Ludwig Knaier, Inh. einer Käse-, Butter- und Honighandlung in Stuttgart; Kaufmann Jakob Nauschenberg in Blaubeuren; Kofi-Kaki AG. in Stuttgart.

### Börse

**Berliner Börse,** 4. Febr. Da am Geldmarkt die bisherige Knappheit, welche die Kurse unter Druck hielt, beseitigt zu sein scheint, war die Börse heute durchweg freundlicher veranlagt. Auf den meisten Gebieten erfolgten Rückkäufe und Deckungen. Dies gilt besonders vom Montanmarkt bei Kurserholungen von durchschnittlich ein bis zwei, vereinzelt auch drei Prozent. Der Rentenmarkt blieb vernachlässigt. Heimische Anleihen waren etwas gebessert. Für Tages- und Monatsgelder wurden Sätze von 10–12 Prozent genannt.

**Frankfurt,** 4. Febr. Die Börse war nach Ueberwindung der bisher vorherrschenden Stimmung etwas freundlicher veranlagt. Jedoch war bei Eröffnung das Geschäft sehr ruhig. Die Unternehmungslust lebte später etwas auf.

**Stuttgart,** 4. Febr. Die Abschwächung kam zum Stillstand und die Tendenz war behauptet, für einzelne Werte leicht erholt. Im allgemeinen bot der Verkehr ein recht ruhiges Bild.

**Stuttgart,** 4. Febr. (Industrie- und Handelsbörse.) An der heutigen Industrie- und Handelsbörse haben die Preise wiederum eine kleine Erhöhung erfahren. Es notierten von Baumwollgarnen in Dollar-Cents: Engl. Trossel, Warp- und Pincops 96–98 (am 21. Jan. 94–96), Nr. 30 110–112 (108–110), Nr. 36 112–114 (110–112), Pincops Nr. 42 115–118 (113–115), je das Kilo; von Baumwollgeweben: Cretonnes 16.50–16.75 (16.25–16.75), Renforces 14.50–14.75 (unv.), glatte Kattune oder Crettes 13.25–13.75 (13–13.50), je das Meter. Nächste Börse: 18. Februar.

### Märkte

**Crailsheim,** 4. Febr. (Pferdemarkt.) Zufuhr: 2 Hengste, 95 Wallachen, 46 Stuten und 2 Fohlen, zusammen 145 Pferde. Wegen der hohen Preise ging der Handel anfangs flau, später aber besserte sich das Geschäft und wurde ein guter Umsatz erzielt. Für schöne Tiere wurden bis 1500 ℳ bezahlt.

### Landwirtschaftliche Produkte

**Berliner Produktenbörse vom 4. Februar 1925.** Weizen, märk. 248 bis 252; Roggen, märk. 247–250; Sommergerste 255–275; Wintergerste 220–240; Hafer, märk. 187–193; Mais loco Berlin 228–230 p. 100 Kg.. Weizenmehl 35.25–37.25, Roggenmehl 34.25–36.25; Weizenkleie 16.50–16.80; Raps 400; Leinsaat 410–415; Viktoriaerbsen 29 bis 33; Kl. Speiseerbsen 21–23; Futtererbsen 20–22; Peluschken 18 bis 19; Ackerbohnen 20–22; Wicken 18.50–20.

### Holz

**Holzpreise.** In Mergentheim kamen Buchenscheiter auf 22.45 Mark, Buchenprügel auf 10 ℳ je Rm., in Tübingen buchene Prügel auf 19–28 ℳ, buchene Scheiter auf 22–27 ℳ pro Meter, eichene Prügel auf 13–17 ℳ, in Genkingen buchene Scheiter 17–19, buchene Prügel 15–17 ℳ.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

* **Freudenstadt**, 4. Febr. (Stangenverkauf.) Bei dem gestrigen Nadelholzstangenverkauf der Stadtgemeinde Freudenstadt wurde im Submissionswege erlöst für Baustangen 1a 172 und 175 Proz., 1b 172 Proz., 2. 162 und 163 Proz., 3. und 4. 162 und 163 Proz., für Hagstangen 2., 3. und 4. 143—152 Proz., für Hopfenstangen 1.—5. 143—152 Proz., für Rebstecken 126 Proz., für Bohnenstecken 123 Prozent. Gesamt-Durchschnittserlös: 159,4 Prozent.

* **Sulz a. N.**, 2. Febr. Die Gemeinde Wittershausen brachte in 3 Losen 179 Festmeter Lang- und Sägholz zum Verkauf. Alle drei Lose wurden der Firma Gebrüder Beilharz in Böhringen zugeschlagen, die für jedes der drei Lose das Höchstgebot mit je 130 Prozent der Grundpreise gemacht hatte.

# Letzte Nachrichten.

### Weitere Beratung der Länder über den Finanzausgleich.

WTB. **Berlin**, 4. Febr. In den Besprechungen mit den Finanzministern der Länder wurde beschlossen, zur weiteren Beratung des Finanzausgleichs eine Kommission einzusetzen, die aus den Beauftragten der im Steuerausschuß des Reichstags vertretenen Länder bestehen wird. Die Kommission nimmt am nächsten Dienstag ihre Beratungen auf.

### Zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

WTB. **Paris**, 4. Febr. Die französische Abendpresse veröffentlicht nähere Angaben über die Note, die gestern die deutsche Wirtschaftsdelegation der französischen Delegation überreichte. Wie der Pariser Vertreter des WTB. erfährt, ist es zutreffend, daß die deutsche Delegation sich in dieser Note bereit erklärte, in Verhandlungen über ein provisorisches Statut einzutreten und zwar unter der **Voraussetzung, daß die Frage der Meistbegünstigung für das endgültige Statut eine befriedigende Regelung findet.**

Von beiden Delegationen wurde der Wunsch ausgesprochen, die Verhandlungen mündlich weiterzuführen. Am 5. 2. findet eine Unterredung zwischen Dr. Trendelenburg und dem Handelsminister Raynaldy statt, der am Nachmittag des 5. 2. eine Vollsitzung der Delegationen folgen wird.

### Eine Entscheidung im Danzig-polnischen Postkonflikt.

WTB. **Danzig**, 5. Febr. Auf die von der Freien Stadt Danzig beim Oberkommissar des Völkerbundes nachgesuchte Entscheidung über den Danzig-polnischen Postkonflikt entschied der Oberkommissar, daß der Gebrauch von Briefkästen außerhalb eines Polen bereits zugewiesenen Gebäudes, sowie der Einsammlungs- und Bestelldienst durch Briefträger in irgend einem Teile der Freien Stadt Danzig unzulässig ist und der Entscheidung des Oberkommissars vom 25. 5. 1922 widerspricht.

### Immer noch keine Entscheidung bezüglich der Regierungsbildung in Preußen.

WTB. **Berlin**, 5. Febr. In der Frage der Regierungsbildung in Preußen hat auch der gestrige Tag keine Entscheidung gebracht. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat wohl gestern eine Beratung abgehalten, bei der auch die Preußenfrage besprochen wurde, irgendwelche Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Die volksparteiliche Fraktion des preußischen Landtags wird heute mittag zusammentreten, um über die Regierungsbildung in Preußen Beschluß zu fassen. Ministerpräsident Braun dürfte also noch im Laufe des heutigen Tages im Besitze des offiziellen Bescheids der Deutschen Volkspartei sein, der, wie die Blätter betonen, voraussichtlich ablehnend lauten wird. Die Blätter erwarten daher noch für heute die Erklärung Brauns, daß er die Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten nicht annehme.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Maul- und Klauenseuche.

In Neuhengstett OA. Calw ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

1. Sperrbezirk ist die Gemeinde Neuhengstett;
2. Beobachtungsgebiet die Gemeinden Ottenbronn und Althengstett;
3. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort sind u. a. folgende Gemeinden des Oberamtsbezirks Nagold: Schönbronn, Effringen, Wildberg, Gültlingen, Sulz.

In diesen Gemeinden ist die Abhaltung von Märkten mit Klauenvieh, sowie der Hausierhandel mit Klauenvieh, die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh und die Abhaltung von öffentlichen Tierschauen mit Klauenvieh verboten.

Nagold, den 4. Februar 1925.

Oberamt: J. A. Dr. Merkt, sto. Amtmann.

Gemeinde Oberweiler.

**Submission auf Stammholz-Verkauf.**

Die Gemeinde verkauft aus ihren Waldungen Abt.: Stelle, Dreispitz und Kölmlinsberg,

**99 St. Forchen u. Tannen Lang- und Klotzholz I. bis VI. Kl. mit zus. 78,35 Fm.**

Angebote auf das Holz sind bis Montag den 9. Febr. 1925 nachmittags 1 Uhr nach der staatlichen Forsttaxe 1925 nach Prozenten beim Schultheißenamt einzureichen, wo auch die Verkaufsbedingungen eingesehen werden können.

Die Eröffnung der Gebote erfolgt sofort und können die Submittenten beiwohnen.

**Gemeinderat.**

Altensteig.

Am **Samstag, den 7. Februar**

**Metzelsuppe**

wozu höflichst einladet

**Zeitbös z. „Krone."**

Altensteig.

**Holzhauer-Äxte**
schmal und breit.
**Räppeleisen**
**Scheitkeile**
**Waldsägen**
**Sägfeilen**
in vielen Formen und Größen
**Sägensetzer**
**Schindelmesser**
**Stangenschäler**
nur allerbeste Ware mit Garantie empfiehlt zu billigstgestellten Preisen:

**Henssler**
Eisenwarenhandlung.

**Chrut und Uchrut**

Praktisches Kräuterbüchlein von Pfarrer Joh. Künzle.
Preis 55 Pfg.

**Bilderatlas**
hiezu
mit den Pflanzenabbildungen
Preis 1.30 Mk.

**Schreibers kleiner Atlas der wichtigeren Heilpflanzen**
Preis 1.30 Mk.

**Taschenatlas d. eßbaren und schädlichen Pilze**
Preis 25 Pfg.
sind zu haben in der
**W. Riekerschen Buchhandlung**
Altensteig.

### Gestorbene.

Nagold: Fräulein Sophie Sautter, früher langjährige Arbeitslehrerin hier.
Calw: Frau Luise Feldweg Wtw., 78 J.
Freudenstadt: Ida Cäthy (Palmenwaldkurhaus) 74 J.

**Druckarbeiten** in einfacher und feiner Ausführung liefert die **W. Riekersche Buchdr.**

**Schreibmaschinen**
G. Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

**Latein- und Realschule Altensteig.**

Schüler, welche im Frühjahr in Kl. I eintreten wollen, sind am **Freitag, den 6. ds. Mts. zwischen 3 und 4 Uhr** unter Vorlegung eines Geburtsscheines in meinem Klassenzimmer im unteren Schulhaus bei mir anzumelden.

**Auer.**

Bedürftigen Schülern können die erforderlichen Lehrmittel zur Verfügung gestellt werden.

**Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Altensteig.**

Außer sonstigem Kunstdünger ist

**Thomasmehl**

noch auf Lager und kann zu alten günstigen Preisen noch abgegeben werden.

Bestellungen auf demnächst eintreffenden **Saathaber, Saatweizen und Saatgerste** nimmt entgegen.

Fernsprecher 85. Die Geschäftsstelle.

Lager in Nagold: Heinrich Maier, Landwirt.

Altensteig.

Am Samstag, den 7. Februar

**Metzelsuppe**

bei gutem Stoff, wozu höflichst einladet

**Schnierle, 3 Könige.**

Ebhausen.

Am kommenden Samstag und Sonntag

**Metzelsuppe**

wozu freundlichst einladet

**Albertine Barth z. „Linde".**

Um meinen Abnehmern entgegen zu kommen, gewähre ich noch einige Tage auf sämtliche Waren einen

**Rabatt von 20 Prozent**

Der Rabatt wird nur bei Käufen über Mk. 5.— und sofortiger Bezahlung gewährt. Umtausch ist nicht gestattet. Muster und Auswahlen werden nicht abgegeben.

**Paul Räuchle, am Markt, Calw**

Manufakturwaren, Aussteuerwaren, Bettbarchente, Bettfedern, Schürzen, Wäsche, Trikotwaren, Herrenanzugstoffe, fertige Herren- u. Knabenkleidung, Kübler's gestrickte Anzüge und Sweaters.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw